

GEW zur Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ „Geschlechtersensibilität fördern, statt Sprachverbote fordern!“

Bei der Verfolgung eines ihrer Ziele – dem Ausbau der Geschlechterdemokratie sowie der Verhinderung und Beseitigung von Diskriminierung – sieht die GEW einen geschlechtergerechten Sprachgebrauch und eine ausgewogene Repräsentanz in den bildlichen Darstellungen als einen entscheidenden Beitrag an und hat dies in ihrem Beschluss [Faire An-Sprache in der GEW – Geschlechterdemokratie in Wort und Bild](#) 2013 deutlich gemacht.

„Sprache hat die Kraft, gesellschaftliche Normen – wie Geschlechterrollen – zu hinterfragen und zu verändern. Darum setzt sich die GEW für eine [geschlechtersensible Sprache](#) ein. Eine rein das generische Maskulin nutzende Sprache tut das nicht, daher lehnt die GEW die Volksinitiative ‚Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung‘ ab“, kommentiert **Yvonne Heimbüchel**, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg.

Die GEW begrüßt die Mitteilung [Mitgemeint reicht nicht! – Zum Start der Kampagne #Gendern in Hamburg](#) vom Landes-Frauenrat Hamburg e.V. und das Statement der DGB Hamburg Vorsitzenden [Tanja Chawla zum Thema Gendern](#).

„Wie gendergerechte Sprache und die Sensibilisierung für Geschlechterrollen didaktisch im Bildungsbereich zu vermitteln ist, kann und muss diskutiert werden. Sprachverbote, wie von der Volksinitiative gefordert, sind in jedem Fall der falsche Weg“, so **Sven Quiring**, Vorsitzender der GEW Hamburg.

Rückfragen: Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg

Yvonne Heimbüchel, stellvertretende Vorsitzende GEW Hamburg, 040 – 41 46 33 – 0